

Niederschrift

der X/25. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 24. August 2023
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:26 Uhr
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers

Matthias Albers

ab 18:03 Uhr während TOP 2 ö. T.

Hans-Georg Bette

Markus Bette

Ulrich Cater

Dr. Thorsten Conze

Angela Degner

Michael Eiloff

Rudolf Ewers

Michael Franke

Mathias Geißler

Annette Gerbe

Alexander Gödeke

Hubertus Guntermann

Marco Guntermann

Hubertus Heuel

Christian Hömberg

Katja Lutter

Jürgen Meyer

Johannes Müller

Luca Putzu

René Rinke

Hannah Roßwinkel

Heinz-Josef Rötze

Bernd Schrewe

Andreas Schulte

Günter Schütte

Dr. Matthias Schütte

Daniel Sztul

Stefan Vollmer

Friedrich Freiherr von Weichs

Dietmar Weber

Stefan Wiese

Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke

Beigeordneter Andreas Plett

Stadtverwaltungsrat Ulrich Hesse

bis TOP 6 ö. T. und im nö. T.

Stadtverwaltungsrätin Nicole Mette

bis TOP 1 nö. T.

Stadtangestellte Carmen Oberstadt

bis TOP 6 ö. T.

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlen

Horst Broeske

Dieter Eickelmann

Maike Ochsenfeld

Hubert Stratmann

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung ist in der Einladung aufgeführt.

Herr König schlägt vor, im öffentlichen Teil der Tagesordnung TOP 9 "Aufnahme von geflüchteten Menschen im Stadtgebiet Schmallenberg" aufgrund des Interesses der zahlreichen Zuhörer vorzuziehen und als TOP 3 zu behandeln. Die nachfolgenden Punkte würden sich entsprechend verschieben. Bedenken gegen diesen Änderungsvorschlag werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Einführung eines neuen Ratsmitgliedes	X/741
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3. Aufnahme von geflüchteten Menschen im Stadtgebiet Schmallenberg	X/747
4. Neue Gestaltungssatzung für den historischen Stadtkern Schmallenberg	X/724
5. Breitbandausbau - Förderprogramm Graue Flecken	X/721
6. Kommunale Wärmeplanung	X/728
7. Schülerbeförderung - Deutschlandticket - kreisweit abgestimmtes Modell	X/743

- | | | |
|-----|---|-------|
| 8. | Resolution des Rates der Stadt Schmallenberg zum
Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft | X/766 |
| 9. | Aktuelle Förderprogramme bzw. Programmaufrufe des Bundes und
des Landes
- Information und Antragstellung | X/730 |
| 10. | Jahresabschluss 2022
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Verwendung des Jahresergebnisse
c) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs. 1 GO NRW | X/723 |
| 11. | Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2023 | X/726 |
| 12. | Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für
Hochbaumaßnahmen | X/745 |
| 13. | Straßenbaumaßnahmen OD Gellinghausen und Ringstraße in
Bracht
- Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel | X/758 |
| 14. | Gewährung eines Zuschusses an den TV Fredeburg für
Zaunbaumaßnahmen und Bereitstellung überplanmäßiger
Ausgaben | X/756 |
| 15. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im
1. Halbjahr 2023 | X/750 |
| 16. | Nachbesetzung in Ausschüssen | X/742 |
| 17. | Fraktionsanträge
- Information über den aktuellen Sachstand | X/744 |
| 18. | Verschiedenes | |

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

- | | | |
|----|--|-------|
| 1. | Förderung der ärztlichen Versorgung im Stadtgebiet Schmallenberg
- Darlehensangelegenheit | X/752 |
| 2. | Windkraftausbau Stadtgebiet Schmallenberg - Planungen Dritter im
Bereich nördlich von Bad Fredeburg
- Information zum Eingang finaler Nutzungsverträge | X/732 |
| 3. | Erwerb einer Immobilie | X/762 |
| 4. | Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Über der Dorfstraße",
Stadtteil Westfeld | X/733 |
| 5. | Verschiedenes | |

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einführung eines neuen Ratsmitgliedes

X/741

Herr König begrüßt Herrn Christian Hömberg als neuen Stadtvertreter und Nachfolger des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Hartmut Fust und heißt ihn im Kreis der Ratsmitglieder willkommen.

Die Verpflichtung von Herrn Hömberg ist bereits als sachkundiger Bürger in der Sitzung des Bezirksausschusses Schmallenberg am 24.11.2020 erfolgt.

TOP 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Klaus Saßmannshausen meldet sich mit einer Frage zum Thema Schülerfahrkosten. Er führt aus, dass es nach der Schülerfahrkostenverordnung berechnete und unberechtigte Schüler hinsichtlich der Übernahme der Fahrkosten gebe. Im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Schüler hätte er gerne die rechtlichen Grundsätze genau abgeklärt. Er möchte wissen, wie das angegangen worden sei, um die angedachte Regelung zum Tragen zu bringen und wie das in Zukunft auf der rechtlichen Grundlage mit anderen Augen betrachtet werden könne.

Herr Plett erläutert, dass die Schülerfahrkostenverordnung vorsehe, dass Schüler, die innerhalb eines bestimmten Radius wohnen, die Fahrkosten erstattet bekommen. Darüber hinaus gebe es die Regelung der Erstattung auch für Ortschaften, die außerhalb des Ortes der Schule liegen. Schüler, die innerhalb des Radius wohnen, seien nicht berechtigt für eine kostenlose Schülerfahrkarte. Die Regelung beinhalte, dass, wenn ein Schulweg als gefährlich klassifiziert werde, die Berechtigung für eine Fahrkarte bestehe. In Schmallenberg gebe es die politische Beschlussfassung, dass keine Einzelfallregelung erfolge, sondern eine Pauschalbetrachtung hinsichtlich der Berechtigung für eine kostenlose Schülerfahrkarte.

Herr Saßmannshausen ist der Meinung, dass das eine alte Regelung sei und sich seit Entstehen der Regelung einiges geändert habe und man das heute anders betrachten müsse.

Zur Frage, ob Schüler, die in Wormbach und Gleidorf wohnen, die kostenlose Fahrkarte nicht bekommen dürfen, erklärt Herr Plett, dass er das so nicht behaupten würde. Die Fragen müssen im Detail betrachtet und beurteilt werden, u. a. im Zusammenwirken mit der Polizei zur Frage der Gefährlichkeit des Schulweges. Diese Prüfung und Beurteilung könne zur Folge haben, dass es Schüler gebe, die nicht berechtigt seien. Dies sei jahrelange Verwaltungspraxis.

Herr Saßmannshausen meint, dass man diese Prüfung ja mal machen könne. Es gehe ja auch darum, dass die Stadt Geld sparen könne, wenn nichtberechtigte Schüler aus Ortsteilen keine Erstattung der Fahrkosten mehr bekommen.

Aus dem Zuhörerraum meldet sich eine Dame, die erklärt, dass man die Frage bedenken solle, ob der Schulweg aus der Unterstadt so ungefährlich sei wie die Radwege von Gleidorf und Wormbach. Sie meint, dass es unzumutbar sei, ihre Kinder bei Wind und Wetter von der Unterstadt zur Schule laufen zu lassen.

Herr Plett weist darauf hin, dass das eine Frage an die Gefährlichkeit des Schulweges sei. Er könne die genaue Prüfung jetzt nicht wiedergeben, sondern die Verwaltung müsste ggf. einen Prüfauftrag aus dem Rat mitnehmen. Aus der bisherigen politischen Beschlussfassung und der Verwaltungspraxis sehe er das nicht so.

Herr König ergänzt, dass die letzte Prüfung durch ein Fachbüro aus 2011 datiere. Seitdem habe sich so viel nicht verändert. Er weist darauf hin, dass der Rat die abgegebenen State-

ments mit in die heutige Beratung zu TOP 7 "Schülerbeförderung - Deutschlandticket - kreisweit abgestimmtes Modell" nehmen werde.

Zum Thema Flüchtlinge meldet sich Frau Schütte, die sich als Mitglied des Bezirksausschusses Oberes Lennetal vorstellt. Sie möchte wissen, ob die Diskussion in der Bürgerversammlung in Nordenau mit in den Beschlussvorschlag einfließe.

Herr König erläutert, dass es eine Stellungnahme des Vorsitzenden, stellv. Vorsitzenden und einiger sachkundiger Bürger des Bezirksausschusses Oberes Lennetal zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen in Nordenau vom 15.08.2023 gebe, die fünf Punkte bzw. Forderungen umfasse. Nachfolgend geht er auf diese fünf Punkte ein:

1. Verhältnismäßigkeit

Zu den Bedenken bezüglich der Verhältnismäßigkeit und der Forderung, keine zusätzlichen Flüchtlingsunterkünfte in Nordenau zuzulassen, erklärt Herr König, dass aus heutiger Sicht nicht beabsichtigt sei, in Nordenau zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Die Verwaltung und Politik sehe die hohe Belastung Nordenaus. Er glaube, dass weitere Unterkünfte weitestgehend ausgeschlossen werden können.

2. Integration

Hinsichtlich der Forderung, die Anzahl und Verteilung nach Herkunft, Geschlecht, Familienstand so zu verteilen, dass das Zusammenleben dieser Menschen funktioniere und diese ausreichende Chancen haben, integriert zu werden, verweist Herr König auf den Vortrag von Frau Oberstadt in der Bürgerversammlung am 15.08.2023 in Nordenau. Dabei sei deutlich geworden, dass die Verwaltung versuche, das hinzubekommen. In nächster Zeit sei das gegeben. Allerdings seien Grenzen dann gesetzt, wenn die Stadt keine ausreichenden Räumlichkeiten mehr habe. Außerdem gibt er zu bedenken, dass die Verwaltung die Flüchtlinge nicht kenne und ihnen auch nur vor den Kopf gucke. Die Verwaltung versuche gleichwohl, die Forderung zu erfüllen und bei Problemen in Unterkünften eine Umgruppierung von Flüchtlingen vorzunehmen.

3. Zeitlich beschränkte Nutzung des Gebäudes

Zur Forderung, die Nutzung des Gebäudes in Nordenau als Flüchtlingsunterkunft auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu beschränken und das Gebäude danach für dauerhafte Wohnzwecke mit Umbau in mehrere Wohneinheiten zu bestimmen sowie Aufnahme als klare Absicht des Stadtrates in den Beschluss teilt Herr König mit, dass das das Ziel sei. Der Haupt- und Finanzausschuss empfehle eine entsprechende Erweiterung des Beschlusses.

4. Engmaschige Betreuung

Bezüglich der Forderung, die Bereitschaft der Stadt zu einer engmaschigen Betreuung in die Beschlussfassung zu integrieren, führt Herr König aus, dass die Verwaltung die Flüchtlinge betreue. Die Zahl der Betreuer sei erhöht worden und wenn noch mehr Flüchtlinge kommen und mehr Probleme entstehen, werde die Zahl der Betreuer erhöht.

5. Sicherheitskonzept

Herr König weist zur Forderung, dass für jegliche Fragen 24/7 ein Ansprechpartner zur Verfügung stehen müsse, auf den Bereitschaftsdienst des Ordnungsamtes hin, der für 24/7 eingerichtet sei und angerufen werden könne.

Im weiteren Verlauf der Einwohnerfragestunde sprechen Herr Rolf Gnacke und seine Frau vor. Herr Gnacke führt aus, dass er als Anlieger sehr stark betroffen sei, weil er in direkter Nach-

barschaft wohne. Er wisse nicht, wie man das abgrenzen könne und wie er sich verhalten solle und wie er dem Einfluss der neuen Nachbarn standhalten solle. In einer E-Mail habe er die Stadtvertreter gebeten, sich das vor Ort anzuschauen. Dass das nicht passiert sei, habe ihn stark enttäuscht. Frau Gnacke fragt, warum kein persönlicher Kontakt aufgenommen worden sei.

Herr König legt dar, dass die Verwaltung die geäußerten Sorgen und Ängste mitgenommen habe und diese in der Diskussion auch an die Ratsmitglieder herangetragen worden seien.

Herr Frank Schütte stellt sich als Mitglied des siebenköpfigen Nordenauer Ortsbeirats vor und berichtet, dass der Ortsbeirat im Vorfeld von Bürgermeister König informiert worden sei. Er stellt die Frage, welche Kriterien es bei der Entscheidungsfindung gebe und wie diese bewertet und gewichtet werden.

Herr Plett führt aus, dass die Verwaltung im Rahmen der Bürgerversammlung und in den politischen Gremien über den hohen Zuweisungsdruck seitens des Landes informiert habe. Die Verwaltung sei angewiesen, die Kapazitäten ständig zu erhöhen. Derzeit gehe die Verwaltung davon aus, dass der Stadt Schmallenberg monatlich 40 Flüchtlinge zugewiesen werden. Wenn der Verwaltung Immobilien angeboten werden, schaue man sich gemeinsam mit dem Gebäudemanagement die Immobilie an, ob diese für eine Flüchtlingsunterkunft geeignet sei. In Nordenau sei diese Frage sehr schnell beantwortet gewesen, da das Gebäude voll ausgestattet sei und von den her Räumlichkeiten passe. Geprüft werde auch die örtliche Struktur, z. B. die Anbindung an den ÖPNV. Und die Verwaltung achte darauf, dass die Flüchtlinge in die Integration kommen, d. h. dass sie z. B. zu Integrationskursen fahren können und in Arbeit kommen. Das Gebäude in Nordenau sei auch unter diesem Aspekt aufgrund der Nähe zu Winterberg und Arbeitsplätzen in der Gastronomie als geeignet angesehen worden. Natürlich spiele auch die örtliche Struktur eine Rolle. Als absolute Zahl habe die Verwaltung 40 Flüchtlinge im Blick. Mit Einheiten in dieser Größe habe man gute Erfahrungen gemacht.

Herr Olaf Hachmann aus Nordenau stellt dar, dass es bedeuten würde, wenn die Verteilung der Flüchtlinge willkürlich vorgenommen werde, dass Lengenbeck mit 49 Einwohnern auch 45 Flüchtlinge zugewiesen bekomme und das bedeute eine Quote von 100 %. Er fragt, ob das gerecht sei, wenn man eine absolute Zahl von 45 Flüchtlingen sehe und ob das die Meinung der Politik sei.

Herr König erklärt, dass die Politik sei, die Flüchtlinge adäquat unterzubringen. Das geschehe nicht nach dem Zufallsprinzip, sondern orientiere sich auch an den Immobilien, die am Markt zur Verfügung stehen. Eine solche Immobilie gebe es in Lengenbeck nicht.

Herr Müller berichtet von großem Unmut in Nordenau, da die Stadt im Vorfeld nicht informiert und die Bürger nicht eingebunden habe. Es sei nicht zu verstehen, dass man es in all den Jahren nicht geschafft habe, die 84 Orte an einen Tisch zu bringen. Seine Frage sei, welche Lehren die Stadt daraus ziehe.

Herr König weist die Kritik an der Informationspolitik zurück. An dem Tag, als klar gewesen sei, dass die Immobilie erworben werden konnte, sei die Vorlage für den Rat geschrieben worden und die Verwaltung sei auf den Ortsbeirat zugegangen. Am 15.08.2023 habe dann die Bürgerversammlung in Nordenau stattgefunden. Somit habe die Verwaltung vollumfänglich informiert.

Herr Müller fragt, wie man das gestalten könne, dass mehr als 18 Orte in die Prozesse eingebunden werden.

Herr König führt aus, dass die gleiche Diskussion bereits vor einem Jahr geführt worden sei, als neue Flüchtlingsunterkünfte in Bad Fredeburg und Bödefeld geschaffen worden seien. Das Verfahren der Verwaltung habe dazu geführt, dass es zu einer breiten Verteilung der Flücht-

linge gekommen sei. Diese auf 84 Orte zu verteilen sei unrealistisch, da es Orte gebe, die ausscheiden. Denn bei der Unterbringung sei u. a. zu berücksichtigen, dass eine ÖPNV-Anbindung vorhanden sei.

Herr Schütte vom Ortsbeirat legt dar, dass man die Anzahl der in Nordenau lebenden Einwohner berücksichtigen müsse. Wenn man die Zweitwohnsitze abziehe, leben in Nordenau ständig 140 Menschen. Wenn man die Flüchtlingsplätze darauf umrechnen würde, wäre das eine Quote von 40 %. Er fragt, wo aus Sicht der Stadtverwaltung die Schmerzgrenze liege oder ob es keine gebe.

Herr König verweist auf die Diskussion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und erwähnt als Beispiel die im letzten Jahr vom Land geschaffene zentrale Flüchtlingsunterkunft im Sauerland Alpin Hotel in Grafschaft, die mit 360 Plätzen eingerichtet gewesen sei. Bei ca. 900 Einwohnern in Grafschaft sei das ein Verhältnis 1 : 3 gewesen. Auf Nordenau bezogen erklärt er, dass er glaube, dass man in Nesselbach nichts von der Flüchtlingsunterkunft in Nordenau merke. Betroffen seien immer die unmittelbaren Anwohner. In Schmallenberg habe die Stadt ein Gebäude in der Kampstraße erworben. Daneben gebe es dort die Turnhalle der Valentinschule mit Ausweichplätzen. Diese beiden Unterkünfte haben Wirkungen auf den unmittelbaren Bereich dort. Z. B. in der Grafschafter Straße würde man das nicht merken. Außerdem gibt er zu bedenken, dass die Kernstadt eine Versorgungsfunktion habe und sich deshalb tagsüber viele Flüchtlinge dort aufhalten. Es sei immer schwierig, solche Vergleiche zu ziehen.

Im weiteren Verlauf der Einwohnerfragestunde meldet sich Herr Timo Hennemann mit einer Frage zum Stand der Dinge des städtischen Kindergartens in Holthausen.

Herr König antwortet, dass am Kindergarten Holthausen Handlungsnotwendigkeit bestehe. Die Verwaltung sei dabei, dort mehr Plätze zu schaffen und werde Gespräche mit den Beteiligten führen, um das Problem zu lösen. Eine zweite Kindergarten-Gruppe in dem bestehenden Gebäude unterzubringen werde nicht gelingen. Er verweist auf die hohen Anforderungen des Landesjugendamtes, aufgrund dessen dort 20 - 25 Kinder untergebracht werden können und nicht mehr. Wegen steigender Bedarfszahlen aufgrund vermehrter U3-Anmeldungen und Flüchtlingskinder sei die Verwaltung aktuell dabei, dem Bedarf Rechnung zu tragen. Möglicherweise könne das nur gelingen durch die Errichtung eines neuen großen, zentralen Kindergartens. Dazu suche die Verwaltung derzeit nach einem Grundstück und das werde Thema der Beratungen für den Haushalt 2024 werden. Aktuell sei die Verwaltung dabei, die benötigten Plätze über die Tagesgruppen in Schmallenberg und Bad Fredeburg zur Verfügung zu stellen.

Herr Heinz-Josef Henneke stellt sich als Anlieger des Sonnenpfades in Nordenau vor und möchte zum Thema Breitbandausbau wissen, wie die nächsten Ausbauschritte geplant seien, denn in Nordenau gebe es Lücken in der Versorgung.

Herr König stellt zunächst allgemein die Situation zum Breitbandausbau dar und weist dabei darauf hin, dass die Stadt mit Bundes-Förderprogrammen nur tätig werden könne, wenn "Marktversagen" festgestellt worden sei. Nach der Förderung über den sog. 3. Call habe es dann eine Förderung über den sog. 6. Call gegeben. Beide Förderaufrufe sei die Stadt mitgegangen, was zu Ausbau in verschiedenen Ortsteilen mit einer Glasfaser-Versorgung von rd. 2.700 Adressen geführt habe. Dann habe es in der Kernstadt Schmallenberg den eigenwirtschaftlichen Ausbau durch "Glasfaser Plus" gegeben, der 2025 für die Unterstadt und die Orte Bad Fredeburg, Dorlar, Bödefeld und Oberkirchen fortgeführt werden solle. Für darüber hinaus noch nicht versorgte Orte sei das Bundes-Förderprogramm "Graue Flecken" in den Blick genommen worden mit dem Ergebnis, dass in 27 Ortsteilen rd. 1.200 Adressen als förderfähig identifiziert worden seien. Darunter seien auch 58 Adressen in Nordenau in dem Förderantrag mit dabei. Das sei der Vorschlag der Verwaltung, den der Rat heute unter TOP 4 beraten werde. Herr König gibt zu bedenken, dass Glasfaserausbau eigentlich Aufgabe der

Telekom sei. Gleichwohl habe sich auch die Stadt dem Thema gestellt und wenn alle geplanten Ausbauten durch seien, werde die Stadt selbst 5 Mio. € an Haushaltsmitteln zum Breitbandausbau eingesetzt haben.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, beendet Herr König die Einwohnerfragestunde und dankt den Anwesenden für den disziplinierten Austausch.

TOP 3 **Aufnahme von geflüchteten Menschen im Stadtgebiet Schmallenberg** X/747

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur.

In die Thematik einführend stellt Herr Plett zunächst die Ausgangslage dar:

Ausgangslage

- **Asylanträge** in Deutschland in 2023: 188.967 (+78,1 %)
- **Aufnahmeverpflichtung** für die Städte und Gemeinden nach FlüAG
- Schmallenberg gesamt: **677 Geflüchtete**
- Ca. **40 Zuweisungen monatlich**, Aufnahmestopp im Mai/Juni
- Erfüllungsquote Schmallenberg: 93 % - aber: dynamische Entwicklung
- Ankündigung Landesregierung: Verstärkte Zuweisungen in den nächsten Wochen wg. fehlender Landeseinrichtungen

31.08.2023
Stadt Schmallenberg
2

Herr Hesse erläutert, dass die Stadt Schmallenberg die Prognose habe anpassen müssen und nun von 40 Zuweisungen monatlich ausgehe. Da das Land bei der Zuweisung die Landeseinrichtungen nun 1 : 1 anrechne, seien dabei Verlierer die Kommunen ohne Landeseinrichtungen und der Druck auf diese Kommunen steige. Schmallenberg habe derzeit eine Erfüllungsquote von 93 %. Er gibt zu bedenken, dass, wenn die Gesamtzahl der Flüchtlinge steige, auch die absoluten Zuweisungszahlen steigen werden. Zur aktuellen Belegung der städtischen Unterkünfte gibt er folgenden Überblick:

Unterkünfte	Belegung max.	Belegung Ist	Freie Plätze
Schmallenberg, Breite Wiese 34c	17	17	0
Schmallenberg, Auf der Lake 6	28	28	0
Schmallenberg, Breite Wiese 34	3	3	0
Schmallenberg, Kampstraße	15	0	15
Bödefeld, Hunaustraße 46	47	46	1
Bödefeld, Graf-Gottfriedstr. 6	31	26	5
Oberhenneborn, Am Kreuz 2	25	21	4
Bad Fredeburg, Am Donscheid 6	26	26	0
Bad Fredeburg, Leißestraße 1	61	58	3
Bad Fredeburg, Am Kurhaus 2	6	5	1
Bad Fredeburg, Waldstraße 8	15	15	0
Bad Fredeburg, Hochstraße 13	6	6	0
Bad Fredeburg, Hotel Hochland	60	0	60
Gleidorf, An der Gleier 83	9	9	0
Fleckenberg, Latroperstr. 18	3	3	0
Fleckenberg, Bahnhofstr. 6	36	34	2
Grafschaft, Schulstraße 30	3	3	0
Grafschaft, Kirchstr. 12	25	9	16
Nordenau, Sonnenpfad 2	8	8	0
Dorlar, Hauptstraße 3	36	36	0
Insgesamt	460	353	107
Notunterkunft TH Valentinschule	40	0	40

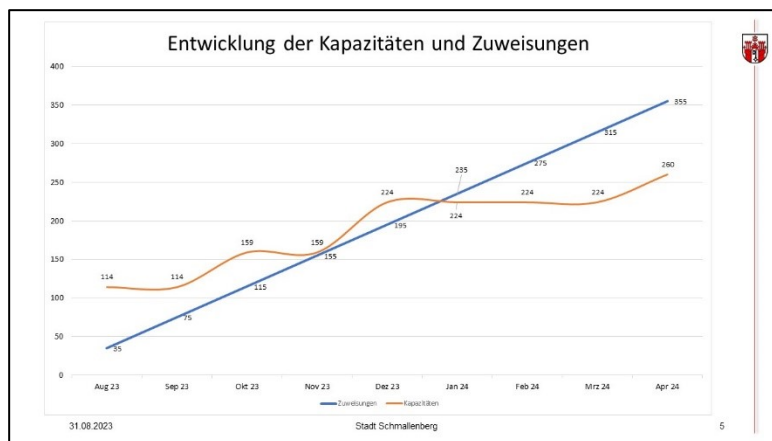
Zzgl. private Unterbringungen: 324
Gesamt: 677

Mit den nachfolgend dargestellten Planungen zur Erweiterung der Kapazitäten komme die Stadt Schmallenberg bis in den Januar 2024, so Herr Hesse. Nach der Prognose werde es unter Umständen im Januar kritisch. Derzeit gehe die Verwaltung von Zuweisungen von 40

Flüchtlingen im Monat aus. Er verdeutlicht, dass die Stadt aufgrund dessen mit den Planungen nicht nachlassen könne.

Aktuelle Planungen zur Erweiterung der Kapazitäten	
Standort	Plätze
Wohnanlage „Am Stünzel“ Grafschaft	40
Erweiterung Anlage „Breite Wiese“	36
Umnutzung ehem. Kindergarten Westfeld	25
Erwerb Landhotel Nordenau	45
Kapazitätserweiterung gesamt	146
Freie Kapazitäten nach Erweiterung	253

31.08.2023 Stadt Schmallingenberg 4



Herr Weber erklärt, dass man sehe, dass die Ängste und Sorgen in der Bevölkerung immer größer werden. Er fragt, ob es überregionale Bestrebungen gebe, auf die Flüchtlingssituation einzuwirken, damit die Kommunen nicht überlastet werden.

Herr König bejaht dies und stellt dar, dass die Stadt an mehreren Stellen tätig sei. Aufgrund von in dieser Woche in der Zeitung zu lesenden Aussagen von Landesministerin Josefine Paul und MdEP Birgit Sippel habe er die Initiative ergriffen und beide über die örtliche Situation und Stimmung informiert. Ferner sei die Stadt Schmallingenberg im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen vertreten und dort werde die Situation auch kommuniziert. Darüber hinaus werde das Thema auch auf der Parteischiene diskutiert. Die CDU habe dazu zu einer Zusammenkunft der Bürgermeister und Landräte eingeladen, um das Thema zu beraten. Festzustellen sei, dass die Kommunen eine Entlastung bei der Zuweisung der Flüchtlinge brauchen. An die Ratsmitglieder appelliert Herr König, dass es schön wäre, wenn diese dieses Ziel unterstützen und in ihre jeweiligen Parteien transportieren würden.

Auf die Frage von Herrn Weber nach einem Ergebnis führt Herr König aus, dass das Land aufgrund der Entlastung der Landeseinrichtungen mehr Flüchtlinge den Kommunen zuweise.

Herr Matthias Albers möchte wissen, welche Auswirkungen die Flüchtlingssituation auf das Gebäudemanagement der Stadt habe und ob ggf. durch Verstärkung des Personals gegen- gesteuert werde. Des weiteren habe er kürzlich gehört, dass z. B. in Minden, Lippstadt und Höxter Flüchtlingen in kleineren, familiären Einheiten untergebracht werden. Das klappe dort ganz gut und er regt an, diese auch in Schmallingenberg zu bevorzugen. So könne man die Flüchtlinge auch besser integrieren als wenn 50 Flüchtlinge in einer Unterkunft leben. Außerdem solle man für die Zukunft sozialen Wohnungsbau betreiben.

Herr Dicke erläutert, dass das Gebäudemanagement der Verwaltung natürlich stark belastet sei. Das dortige Personal werde durch die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften stark in Anspruch genommen und manch andere Maßnahme könne hinten runterfallen. Die Verwaltung sehe aber keine andere Möglichkeit. Personal zu bekommen, sei zurzeit nicht möglich.

Herr Plett führt aus, dass die Verwaltung unterwegs sei, kleinere Einheiten zu schaffen. So sei etwa die Hälfte der Flüchtlinge in privaten Unterkünften untergebracht. Er erinnert daran, dass die Verwaltung im Frühjahr die Öffentlichkeit dazu aufgerufen habe, Miet-Wohnraum zu melden. Dies sei leider ins Leere gelaufen. Dennoch weise die Verwaltung immer wieder darauf hin, Wohnraum zu melden. Er stellt dar, dass Einheiten mit 40 - 50 Personen eine überschaubare Anzahl seien. Landeseinrichtungen mit 300 - 400 bergen ein entsprechendes Konfliktpotential. Dagegen können kleinere Einheiten gut gelingen. Auch im sozialen Wohnungsbau sei die Stadt unterwegs, z. B. in Bad Fredeburg, Am Kurhaus.

Herr Wiese spricht an, dass vor Jahren ein Neubauprojekt im Bereich der "Dicken Linde" in Schmallenberg geplant gewesen sei und fragt, ob das eingeschlafen sei.

Herr Dicke teilt mit, dass das nicht eingeschlafen sei. Zuletzt sei vor etwa einem halben Jahr darüber berichtet worden. Es seien schon Untersuchungen des Geländes durchgeführt worden.

Die Stadtvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 4 Neue Gestaltungssatzung für den historischen Stadtkern Schmallenberg X/724

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss und zuvor im Bezirksausschuss Schmallenberg.

Herr Hans-Georg Bette richtet seinen Dank an die Verwaltung, die Mitarbeiter des Bauordnungsamtes sowie die Mitglieder von Gestaltungsbeirat und Bezirksausschuss Schmallenberg für ihre Mitarbeit bei der Erstellung der neuen Gestaltungssatzung für den historischen Stadtkern Schmallenberg. Er führt aus, dass es gelungen sei, Photovoltaik-Anlagen zu ermöglichen und dabei die Gesamtheit des Stadtbildes angemessen zu berücksichtigen und beides in Einklang zu bringen. Mit der Änderung der Beschlussempfehlung durch den Technischen Ausschuss und damit abweichenden Beschlussempfehlung des Bezirksausschusses Schmallenberg könne er gut leben. Der Bezirksausschuss werde das Thema auf dem weiteren Weg begleiten.

Herr Meyer freut sich, dass das 12jährige Begehren der B'90/Die Grünen-Fraktionen heute Ausfluss finde in der Beschlussfassung über die Gestaltungssatzung.

Bei einer Enthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt die Neufassung der Gestaltungssatzung für den historischen Stadtkern Schmallenberg gemäß dem der Vorlage beigefügten Entwurf als Satzung unter Einbeziehung der Änderungsempfehlung der Stadtverwaltung hinsichtlich der Einführung der formlosen Anzeigepflicht innerhalb von 14 Tagen vor Maßnahmenbeginn von Solaranlagen.

TOP 5 Breitbandausbau - Förderprogramm Graue Flecken**X/721**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

In seinen Erläuterungen weist Herr König darauf hin, dass mit den auf Seite 4 der Vorlage dargestellten Ortsteilen große Teile des Stadtgebiets mit Breitband versorgt seien und das zu einer beachtlichen Quote des Breitbandausbaus führe.

Herr Matthias Albers fragt, ob hinsichtlich der unter "graue Flecken" im Breitbandausbau in der Vorlage genannten Ortsteile die fünf Adressen in Bödefeld vielleicht ein Fehler seien. Ihm sei in Erinnerung, dass im Bereich der Mobilfunkversorgung auch die Zahl 5 genannt worden sei.

Herr Dicke sieht die Zahlengleichheit als Zufall an.

Herr König dankt für den Hinweis und sichert zu, dem nachzugehen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, den Hochsauerlandkreis zu beauftragen, einen Förderantrag entsprechend der Richtlinie "Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland" (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0) für die förderfähigen Adressen in der Stadt Schmallenberg zu stellen sowie den Eigenanteil in möglicher Höhe von voraussichtlich ca. 2.300.000 € ab dem Haushalt 2025 zur Verfügung zu stellen.

TOP 6 Kommunale Wärmeplanung**X/728**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beauftragt die Verwaltung auf Basis des vorliegenden Richtpreisangebotes einen Antrag auf Förderung einer kommunalen Wärmeplanung zu stellen.

**TOP 7 Schülerbeförderung - Deutschlandticket
- kreisweit abgestimmtes Modell****X/743**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur.

Ausschussvorsitzender Hubertus Guntermann berichtet aus der gestrigen Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur und trägt die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Bevor er zur Thematik "Forsthauskarte" Stellung nimmt, erklärt Herr Plett, dass es aus Sicht der Verwaltung erfreulich sei, dass eine kreiseinheitliche Lösung zum Deutschlandticket auf den Weg gebracht worden sei. Er führt weiter aus, dass er zur "Forsthauskarte" bereits gestern im Ausschuss auf die seit den 70er Jahren bestehende Besonderheit dieser Karte hingewiesen habe, die darin bestehe, dass durch eine Zuzahlung von 19,50 €/Monat die Schüler/innen aus den Wohngebieten Drevestraße und Forsthaus die Möglichkeit des Erwerbs einer auf den Schulweg begrenzten Fahrkarte haben.

Herr Hubertus Guntermann erklärt, dass die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Ausschusses für Bildung, Sport, Soziales und Kultur genommen werden könne, er aber vor den Folgen warnen möchte. Wenn die Schülerbeförderung im Ganzen überprüft werde, könne das auch bedeuten, dass einige Schüler/innen aus der Finanzierung rausfallen könnten.

Auf Nachfrage von Herrn Geißler zur Verfügbarkeit und Erstattungsregelung der bestellten Tickets berichtet Herr Plett, dass die Verwaltung die Deutschlandtickets bestellt habe, diese aber nicht rechtzeitig von der RLG ausgeliefert worden seien. Mit der RLG werde die Verwaltung über eine Erstattungsregelung sprechen. Bedauerlicherweise sei das momentan eine unbefriedigende Situation.

Die Stadtvertretung beschließt die Beteiligung an einem kreisweit abgestimmten Modell zur Ausgabe eines preisreduzierten Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler, die bisher keinen Anspruch nach der Schülerfahrkostenverordnung haben.

Hierzu beschließt der Rat den Abschluss eines Vertrages mit den Verkehrsunternehmen, der die Zahlung eines Zuschusses in Höhe von monatlich 20 Euro je abonniertes Deutschlandticket für die nicht anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler bestimmt.

Aus Gründen der Gleichbehandlung und Zweckmäßigkeit erhalten somit alle anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler ein Schulwegticket als Deutschlandticket in Höhe von 49 Euro sowie alle nicht anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler das Angebot eines ermäßigten Deutschlandtickets (für 12 Monate) beginnend im Schuljahr 2023/24.

Der Beschluss gilt für die Haushaltsjahre 2023 - 2026.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage, der der Resolutions-Entwurf beigelegt ist, dargestellt und werden von Herrn König und Frau Mette erläutert.

Herr Weber möchte in diesen Zusammenhang die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass das Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft seine Verpflichtungen besser erfüllen müsse. Er meint, in letzter Zeit habe es viel Kritik, z. B. im pflegerischen Bereich und bei der Patientenaufnahme, gegeben und letztendlich stimmen bei der Wahl eines Krankenhauses die Patienten mit ihren Füßen ab. Er verdeutlicht, dass diese Kritik auch bei dem Krankenhaus ankommen sollte.

Herr Hans-Georg Bette begrüßt die Initiative des Bürgermeisters zur Sicherstellung des Fachkrankenhauses Kloster Grafschaft ausdrücklich und stellt die besondere Bedeutung dieses Krankenhauses für Schmallenberg dar.

Herr Schrewe stellt in Richtung von Herrn Weber die Frage, wer sich anmaßen könne, gerechte Kritik an einem Krankenhaus zu äußern. Es liege in der Natur der Sache, dass nicht alle immer einer einheitlichen Meinung seien.

Herr Meyer findet es nicht gut, eine Kritik zu äußern, ohne dass die Angaben statistisch festgestellt worden seien. Er mahnt, dass man das Krankenhaus nicht zerreden und vorsichtig sein sollte, solche Aussagen in die Öffentlichkeit zu stellen.

Herr Dr. Schütte regt an, dem langen Text der Resolution ein drei- bis fünfzeiliges Fazit voranzustellen. Herr König erklärt, dass die Verwaltung diesen Hinweis aufgreifen und versuchen werde, die Resolution um eine kurze Zusammenfassung zu ergänzen.

Der Rat der Stadt Schmallenberg beschließt einstimmig die der Vorlage als Anlage beigefügte Resolution.

TOP 9 Aktuelle Förderprogramme bzw. Programmaufrufe des Bundes und des Landes
- Information und Antragstellung **X/730**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Hans-Georg Bette möchte seine Ausführungen aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wiederholen und führt aus, dass das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) unter hoher Beteiligung des politischen Ehrenamtes und der Bevölkerung erstellt worden sei. Dadurch sei eine hohe Erwartungshaltung entstanden, in die Umsetzungsphase zu kommen. Es sei bedauerlich, dass die Landesregierung bei der Förderung nun die Pferde wechsele und durchblicken habe lassen, dass sie die Umsetzung beider ISEK für Schmallenberg und Bad Fredeburg nicht gleichzeitig fördere. Das sei kontraproduktiv. Er verdeutlicht, dass sich seine Kritik gegen die Landesregierung richte.

Herr Matthias Albers fragt, woran die Förderung der Hallenbäder scheitere.

Herr Plett erläutert, dass ein Förderantrag für die Schwimmbäder an mehreren Punkten scheitere, z. B. seien die Kriterien überregionale/regionale Bedeutung und energetische Sanierung nicht erfüllt. Außerdem bleibe bei einer Förderquote von 45 % noch ein hoher städtischer Eigenanteil. Ein Ersatz-Neubau würde Kosten von 13 Mio. € verursachen und der städtische Eigenanteil sei beträchtlich. Ferner fordere das Förderprogramm Projektreife bis Leistungsphase 3 und das bedeute Ausschreibungsreife; ein Gutachten reiche nicht aus.

Herr Schrewe berichtet von einer gestrigen Aussage von Ministerin Ina Scharrenbach; er gehe davon aus, dass es noch Verbesserungen in der Förderung geben werde.

Bei einer Enthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die Ausführungen zu den aktuellen Förderprogrammen des Bundes und des Landes zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Blick auf die Städtebauförderung die finale Beschlussfassung der Stadtentwicklungskonzepte vorzubereiten sowie im Programm Struktur- und Dorfentwicklung einen Förderantrag für die Umgestaltung des ehem. Sportplatzes in Kirchrarbach zu stellen.

TOP 10 Jahresabschluss 2022
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Verwendung des Jahresergebnisses
c) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs. 1 GO NRW X/723

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Jahresabschluss sowie der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Hochsauerlandkreises über die Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2022 und der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 nebst Anhang und Lagebericht waren bereits Gegenstand der Vorberatungen im Rechnungsprüfungsausschuss.

Ausschussvorsitzender Weber berichtet aus der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss, trägt die der Niederschrift als Anlage beigefügte Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gem. § 59 Abs. 3 GO NRW zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2022 vor und bittet den Rat um Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2022.

Die Stadtvertretung fasst in gemeinsamer Abstimmung zu 1.1 und 1.2 und separater Abstimmung zu 1.3 jeweils einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1.1 Der Rat der Stadt Schmallenberg stellt die Bilanz zum 31.12.2022 mit der ausgewiesenen Bilanzsumme von 257.923.526,28 € sowie die Ergebnisrechnung 2022 mit dem ausgewiesenen Jahresüberschuss von 6.351.214,50 € fest und genehmigt die in der Anlage zur Vorlage dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. nimmt diese zur Kenntnis.
- 1.2 Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss mit 4.951.214,50 € der Allgemeinen Rücklage und mit 1.400.000 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
- 1.3 Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2022.

Bürgermeister König hat bei der Beschlussfassung zu 1.3 gem. § 40 Abs. 2 letzter Satz GO NRW nicht mitgestimmt.

TOP 11 Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2023 X/726

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Anhand der bereits im Haupt- und Finanzausschuss gezeigten Präsentation erläutert Herr Plett nochmals kurz zusammenfassend den Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2023 zum Stand 17.08.2023.

Die Stadtvertretung nimmt den Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltes 2023 zur Kenntnis.

TOP 12 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für Hochbaumaßnahmen **X/745**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Rat beschließt für die in der Vorlage genannten Hochbaumaßnahmen die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 340.000 € sowie einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600.000 €.

TOP 13 Straßenbaumaßnahmen OD Gellinghausen und Ringstraße in Bracht - Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel **X/758**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Rat der Stadt Schmallenberg beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 240.000 € für die Vergabe der Baumaßnahme OD Gellinghausen sowie in Höhe von 50.000 € für die Vergabe der Baumaßnahme "Ringstraße" in Bracht.

TOP 14 Gewährung eines Zuschusses an den TV Fredeburg für Zaunbaumaßnahmen und Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben **X/756**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur, der beschlossen hat, dem TV Fredeburg für die Erneuerung der Zaunanlage einen Zuschuss in Höhe der Materialkosten, jedoch maximal 45.000 € zu bewilligen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung bewilligt die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zur Gewährung des Zuschusses.

TOP 15 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr 2023 **X/750**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 7.853,89 € zur Kenntnis und genehmigt die überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 45.594,00 €.

TOP 16 Nachbesetzung in Ausschüssen**X/742**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

- a) Die Stadtvertretung bestellt als Nachfolge für das ausgeschiedene Ratsmitglied Hartmut Fust für den

Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur

Herrn Christian Hömberg als ordentliches Mitglied.

Als persönlicher Stellvertreter wird Herr Matthias Albers bestellt.

Haupt- und Finanzausschuss

Herrn Christian Hömberg als persönlichen Stellvertreter für das Ausschussmitglied Ulrich Cater.

Rechnungsprüfungsausschuss

Herrn Christian Hömberg als persönlichen Stellvertreter für das Ausschussmitglied Guido Altenhoff.

- b) Die Stadtvertretung bestellt für den **Bezirksausschuss Schmallenberg**

Herrn Hartmut Fust als ordentliches Mitglied.

Als persönlicher Stellvertreter wird Herr Kaliyaperumal Shanmuganathan bestellt.

Für den **Technischen Ausschuss** wird

Herr Hartmut Fust als persönlicher Stellvertreter für das Ausschussmitglied Guido Altenhoff bestellt.

- c) Die Stadtvertretung bestellt als Nachfolge für den ausgeschiedenen sachkundigen Bürger Jonas Droste und deren Vertreter Michel Masche für den **Bezirksausschuss Oberes Lennetal**

Frau Berit Biskoping als ordentliches Mitglied.

Ein persönliche/r Stellvertreter/in wird zunächst nicht bestellt.

**TOP 17 Fraktionsanträge
- Information über den aktuellen Sachstand**

X/744

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der Fraktionsanträge zur Kenntnis.

TOP 18 Verschiedenes**TOP 18.1 Neue Internetseite der Stadt Schmallenberg**

Herr Weber spricht die in der letzten Ratssitzung vorgestellte neue Internetseite der Stadt Schmallenberg an und teilt mit, dass er die Aussage auf der Startseite "84 Orte - 'ein König'" nicht gut finde. So auf einer Homepage zu werben, halte er für nicht angemessen. Bezüglich der genannten 84 Ortsteile führt er aus, dass er immer von 83 ausgegangen sei und fragt nach dem Hintergrund der Änderung.

Herr König erklärt, dass bisher auf der Internetseite immer 83 Orte gestanden haben. Im Zuge der Überarbeitung der Internetseite seien die Ortsteile in der Hauptsatzung nachgezählt worden und dabei seien 84 rausgekommen. Hintergrund sei, dass mit der letzten Änderung der Hauptsatzung der Ortsteil Waldemai mit aufgenommen worden sei. Bezüglich des Slogans "84 Orte - 'ein König'", der über einem Vorstellungsvideo auf der Internetseite stehe, informiert Herr König, dass die Verwaltung sich im Vorfeld der Erstellung des Videos mit Frau Collas, die die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstütze, Gedanken gemacht habe, wie man die Homepagebesucher neugierig auf das Video machen könne. So sei die Aussage entstanden. Vielleicht würde sie auch irgendwann wieder von der Internetseite genommen.

Herr Rinke findet es bedauerlich, dass Herr König damit den Slogan der Partei "Die PARTEI" geklaut habe.

Herr Dr. Schütte begrüßt den Slogan auf der neuen Internetseite und findet, dass er neugierig auf mehr mache. Der Slogan und die neue Internetseite seien hier im Rat vorgestellt worden.

TOP 18.2 Landespolitik in den Bereichen Schülerfahrkosten und Gesundheit

Herr Dr. Conze führt aus, dass die heutigen Diskussionen und Beratungen zum Deutschlandticket/Schülerfahrkosten und zur Resolution zum Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft gezeigt haben, dass die Landespolitik an kleinen Kommunen vorbei gehe. Die Schülerfahrkostenverordnung des Landes sei nicht auf kleinere Städte wie Schmallenberg ausgelegt, ebenso nicht die Landespolitik im Bereich Gesundheit. Da liege beim Land einiges im Argen und die Stadt müsse mehr Unterstützung fordern.